

Antrag

der Abgeordneten Steffen Kampeter, Norbert Barthle, Jochen Borchert, Herbert Frankenhauser, Jochen-Konrad Fromme, Hans-Joachim Fuchtel, Susanne Jaffke, Bartholomäus Kalb, Norbert Königshofen, Hartmut Koschyk, Dr. Michael Luther, Dr. Norbert Röttgen, Kurt J. Rossmanith, Anita Schäfer (Saalstadt), Georg Schirmbeck, Dr. Ole Schröder, Bernhard Schulte-Drüggelte, Jens Spahn, Klaus-Peter Willsch, Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und der Fraktion der CDU/CSU

sowie der Abgeordneten Carsten Schneider (Erfurt), Ernst Bahr (Neuruppin), Lothar Binding (Heidelberg), Bernhard Brinkmann (Hildesheim), Bettina Hagedorn, Klaus Hagemann, Petra Hinz (Essen), Iris Hoffmann (Wismar), Klaas Hübner, Johannes Kahrs, Volker Kröning, Waltraud Lehn, Lothar Mark, Petra Merkel (Berlin), Dr. Frank Schmidt, Olaf Scholz, Ewald Schurer, Gunter Weißgerber, Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD

Unverzügliche Umsetzung des Programms „Impulse für Wachstum und Beschäftigung“ sowie des Marktanreizprogramms durch die Bundesregierung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 15. Januar 2006 hat die Bundesregierung in ihrer Klausurtagung in Genshagen das in der Koalitionsvereinbarung vom 11. November 2005 angelegte Impulsprogramm beschlossen, das die Wachstumsdynamik unterstützen und verstärken soll.

Die Bundesregierung verbindet die notwendige Konsolidierungspolitik, die auf längere Sicht die Basis für ein dauerhaftes Wachstum verbessert, mit Maßnahmen, die bereits kurzfristig wachstumsfördernd wirken. Denn ein kräftiger und nachhaltiger Wachstumsschub durch Innovationen und Investitionen ist notwendig, um ein ausreichend stabiles konjunkturelles Umfeld für die notwendige weitere Haushaltskonsolidierung ab 2007 zu schaffen.

Die steuerlichen Maßnahmen des Programms werden weitgehend im Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung umgesetzt bzw. sind in Vorbereitung. Mit ihrem Entwurf zum Haushalt 2006 und dem Finanzplan bis 2009 hat die Bundesregierung die Weichen für die Umsetzung des Programms gestellt. Die Impulse werden dort gegeben, wo sie schnell, effektiv und nachhaltig Wachstum generieren. Forschung und Mittelstand werden gestärkt, über Steueranreize werden Investitionen schnell mobilisiert, in die staatliche Infrastruktur wird investiert und Familien werden weiter gefördert. Die zusätzlichen Mittel sollen auf die folgenden fünf zentralen Bereiche konzentriert werden:

Förderung von Forschung und Entwicklung (FuE)

6 Mrd. Euro im Finanzplanzeitraum sollen insbesondere für zukunftssträchtige Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, Spitzentechnologien und zur Förderung der Attraktivität des Forschungs- und Innovationsstandorts Deutschland eingesetzt werden. Durch moderne Clusterpolitik soll insbesondere der innovative Mittelstand als wichtiger Beschäftigungsmotor einbezogen werden. Bis zum Jahr 2010 sollen die Ausgaben von Staat (Bund und Länder) und Wirtschaft für FuE auf 3 Prozent des Bruttoinlandprodukts gesteigert werden, dabei sollen 1/3 der Ausgaben von der öffentlichen Hand und 2/3 von der Wirtschaft aufgebracht werden. Wie die Bundesregierung erwartet der Deutsche Bundestag von den Ländern und der Wirtschaft, dass sie ihren Anteil zur Forschungsförderung erbringen.

Belebung von Mittelstand und Wirtschaft

Zusätzlich rd. 9,4 Mrd. Euro sollen zur Förderung des Mittelstandes und zur allgemeinen Belebung der Wirtschaft eingesetzt werden:

- die bis zum 31. Dezember 2007 befristete Anhebung der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens auf höchstens 30 Prozent bringt zusätzliche Liquidität, ebenso wie die
- Anhebung der Umsatzgrenzen bei der Umsatzbesteuerung (Ist-Versteuerung) in den alten Bundesländern von 125 000 Euro auf 250 000 Euro und die Verlängerung der derzeitigen Regelung in den neuen Ländern bis 2009;
- die Fortgeltung der Investitionszulage in bisheriger Höhe über das Jahr 2006 hinaus fördert wachstumsrelevante und Arbeitsplätze schaffende Investitionen;
- das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm setzt Impulse für die Baukonjunktur. Das Programm wird neu gestaltet und ausgedehnt.

Erhöhung der Verkehrsinvestitionen

4,3 Mrd. Euro fließen für Verkehrsinvestitionen für alle drei Verkehrsträger, da Wirtschaftswachstum und Beschäftigung entscheidend von einem leistungsfähigen Verkehrssystem abhängig sind.

Förderung der Familien

3 Mrd. Euro werden bereitgestellt, um Männer und Frauen besser darin zu unterstützen, Familie und Beruf vereinbaren zu können. Eltern von ab dem 1. Januar 2007 geborenen Kindern sollen in Form eines neuen einkommensabhängigen Elterngeldes unterstützt werden. Im ersten Lebensjahr des Kindes soll der auf die Erwerbstätigkeit verzichtende Elternteil 67 Prozent seines letzten Nettoeinkommens bis zu 1 800 Euro monatlich erhalten.

Haushalt als Arbeitgeber

Um in privaten Haushalten Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, will die Bundesregierung folgende haushaltsnahen Dienstleistungen steuerlich anerkennen und hierfür insgesamt rd. 2,5 Mrd. Euro aufwenden:

- steuerliche Berücksichtigung der erwerbsbedingten Kinderbetreuung mit dem Ziel zusätzlicher Beschäftigung und Wachstums;
- Steuerermäßigende Berücksichtigung von Modernisierung und Instandhaltung des Wohnraums;

- Inanspruchnahme von zusätzlichen Betreuungsleistungen für Pflegebedürftige (erwerbsbedingte Pflegekosten).

Zusätzlich zu dem Impulsprogramm soll auch das Marktanreizprogramm (Solarprogramm) zur Entlastung der Umwelt und zur Förderung mittelständischer Betriebe einen Beitrag leisten.

II. Der Deutsche Bundestag stellt weiterhin fest:

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Bemühungen der Bundesregierung, durch das Programm für Wachstum, Beschäftigung und Familienförderung sowie durch das Marktanreizprogramm Impulse zu setzen und die Wachstumsdynamik zu unterstützen und zu verstärken, und dass sie – soweit der verfassungsrechtliche Rahmen dies zulässt – mit der Realisierung des Programms begonnen hat.
2. Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass die Bundesregierung im Entwurf des Haushalts 2006 und des Finanzplans bis 2009 deutliche Schwerpunkte zur Unterstützung der Wachstumskräfte gesetzt hat.
3. Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass die Bundesregierung bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 2006 im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung das ihr rechtlich Mögliche tut, um die Wirtschaftsentwicklung schnell und nachhaltig zu unterstützen.

Berlin, den 14. März 2006

**Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion
Dr. Peter Struck und Fraktion**

